

# Post merzt Lohnunterschiede aus

Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit? Das wollen alle. Die Liechtensteinische Post hat leichte Lohnunterschiede nahezu behoben.

Dorothea Alber

Frauen verdienen in Liechtenstein 15,2 Prozent weniger als Männer. Allerdings lassen sich fast die Hälfte davon mit Faktoren wie beruflicher Stellung, Erfahrung oder Ausbildung begründen, berichten die Statistiker. Damit künftig der diskriminierende Teil dieser Lohn-differenz verschwindet, bat der Liechtensteiner Arbeitnehmerverband (LANV) Firmen, eine Lohnanalyse durchzuführen. Die Liechtensteinische Post AG kam diesem Wunsch nach und veröffentlichte am gestrigen 4. Lohngleichheitstag erstmals ihre Zahlen zu ungerechtfertigten Lohnunterschieden.

## Lohndifferenzen bei der Post sehr gering

Der aktuell im Januar 2020 errechnete Wert von 2,4 Prozent konstatiert, dass der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern unter der Toleranzschwelle von 5 Prozent liegt, den das eidgenössische Büro für Gleichstellungsfragen definiert hat. Seit drei Jahren führt die Post basierend auf dessen Lohngleichheitstest solche Analysen durch. Doch nicht auf Anhieb entsprach das Ergebnis den Erwartungen. Massnahmen in den vergangenen Jahren folgten, und so gelang es dem Unternehmen, die nicht gerechtfertigten Differenzen von 6,6 Prozent auf 2,4 Prozent zu senken. Robert Seger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Post, zeigte sich überrascht, dass es doch 6,6 Prozent wa-



Bea Gabathuler, Leiterin Personal, Roland Seger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Post, Martina Haas, stellvertretende Geschäftsführerin des LANV, und Michael Lampert, Präsident der Betriebskommission.  
Bild: Tatjana Schnalzer

ren. Zum Teil liege das an den langjährigen Mitarbeitern, die schon seit 30 Jahren für die Post tätig sind. «Nachdem wir durch die Kampagne des LANV zu diesem Thema sensibilisiert wurden, war es unser Ziel, ungerechtfertigte Lohnunterschiede innerhalb eines kurzen Zeitrahmens weitestgehend zu eliminieren. Gleiche Leistung soll auch bei der Liechtensteinischen Post AG geschlechtsun-

abhängig mit gleichem Lohn gewürdigt werden», betonte Roland Seger. Mit dieser geringen Lohnunterschiedsquote liegt die Post sehr deutlich unter dem Durchschnitt Liechtensteins und der Schweiz. «Wir sind stolz, dieses Ziel in so kurzer Zeit erreicht zu haben.» Die Post beschäftigt insgesamt 273 Mitarbeiter, aktuell genauso viele Frauen wie Männer und bietet überdurchschnittlich vie-

le Teilzeitstellen an. In anderen Branchen sieht es derweil weniger gut aus. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied im Finanzsektor, wo die Saläre der Frauen um rund ein Drittel tiefer liegen. «Die Gründe für die immer noch bestehenden Unterschiede liegen einerseits in der Politik», betonte Martina Haas, stellvertretende Geschäftsführerin des LANV. Auf der anderen Seite liege es an

der Kultur der Firmen im Land. Laut Haas nehmen die Löhne der Frauen ab dem Alter von 35 Jahren deutlich geringer zu als jene ihrer männlichen Kollegen.

## Lohngleichheitstag soll wachrütteln

Dass die Post und der LANV gestern vor die Presse traten, ist kein Zufall. Das Datum des Lohngleichheitstages ändert

sich von Jahr zu Jahr, denn es verdeutlicht den Unterschied. Während ein Mann ab dem 1. Januar 2020 sein Gehalt bekommt, «muss eine Frau 56 Tage lang gratis arbeiten», wie Martina Haas anprangert. Von Gesetzes wegen seien die Arbeitgeber in der Pflicht, Lohn-gleichheit zu gewährleisten. Der Tag der Lohngleichheit soll das Thema einmal mehr auch in Liechtenstein aufs Tapet bringen.

Umfragen legen dabei nahe, dass Frauen Potenzial bei Gehaltsverhandlungen hätten. In einer repräsentativen Umfrage hat die Hochschule Luzern ermittelt, dass knapp sechs von zehn Männern und fünf von zehn Frauen schon einmal über ihren Lohn verhandelt haben. Männer waren dabei erfolgreicher: Sie erhielten in 60 Prozent der Fälle eine Lohn-erhöhung, bei Frauen waren es 47 Prozent.

## Die Schweiz ist bereits einen Schritt weiter

Ab Juli 2020 sind Unternehmen in der Schweiz mit 100 und mehr Mitarbeitern dazu verpflichtet, die Lohngleichheit im Betrieb nachzuweisen. Die Angestellten müssen über die Ergebnisse informiert werden. Das entsprechende Gesetz sieht jedoch keine Sanktionen für Unternehmen vor, die der gesetzlich geforderten Gleichstellung von Frau und Mann nicht nachkommen. (dal)

# Gemeinden lehnen Vorlage von Regierungschef Hasler geschlossen ab

Finanzminister muss beim Finanzausgleichsgesetz wohl nochmals über die Bücher.

Ende 2019 hat Regierungschef Adrian Hasler eine Abänderung des Finanzausgleichsgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Er wollte mit der Novelle erreichen, dass künftig der Ausgleich nicht nur vom Staat an die finanzschwachen Gemeinden, sondern auch von den finanzstarken Gemeinden an den Staat möglich ist. Primär würden mit der Vorlage Gelder der Gemeinde Vaduz und Schaan in

die Staatskasse fließen. Doch Regierungschef Adrian Hasler wird nochmals über die Bücher müssen. Denn in der Vernehmlassung zeigen alle Vorsteher in Liechtenstein eine fast historische Einigkeit. In einer gemeinsamen Stellungnahme, welche nun in den Gemeinderäten verabschiedet werden, lehnen sie die Vorlage geschlossen ab.

Die Gemeinden sehen die Notwendigkeit einer Anpassung. Sie soll aber punktuell zugunsten der finanzschwachen Gemeinden erfolgen, um die Steuerkraftunterschiede der einzelnen Gemeinden zu vermindern. «Aus Sicht der Gemeinden ist es jedoch nicht angebracht, wie von der Regierung vorgeschlagen, eine Abänderung des Finanzausgleichsgesetzes zulasten der Gemeinden vorzunehmen», heisst es in der Stellungnahme. Die Begründung ist einfach: Der Staat brauche das Geld nicht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das staatliche Vermögen betrage per Ende 2018 rund 2,2 Milliarden Franken und decke somit drei Jahresausgaben des Staates. «Zudem ob-

liegt es alleine dem Staat bzw. dem Landtag, im Falle eines Konjunkturabschwungs oder einer Rezession die notwendigen Massnahmen auf Gesetzesebene zu ergreifen. Die Gemeinden haben diese Möglichkeit nicht. Eine Verschiebung von öffentlichen Geldern von den Gemeinden zum Staat ist somit nicht nachvollziehbar und wird abgelehnt.»

Die Vorsteher zeigen der Regierung in ihrer Stellungnahme einige Alternativen auf und sie machen Finanzminister Adrian Hasler einen Vorschlag: «Die Gemeinden begrüssen zeitnah die Bestellung einer gemeinsamen Arbeits- oder Projektgruppe, die eine Abänderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze und/oder eine weitere Aufgabenentflechtung zwischen dem Land und den Gemeinden zum Auftrag hat.»

## FBP-Vorschlag zur AHV fehlt damit die Geldquelle

Nach dieser deutlichen Ablehnung der Gemeinden ist nicht vorstellbar, dass Regierungschef Adrian Hasler die Vorlage un-

verändert in den Landtag bringt. Denn es würde sich kaum eine Mehrheit im Parlament finden lassen, welche gegen den Willen aller elf Gemeinderäte in Liechtenstein einer Gesetzesänderung zustimmt.

In Schwierigkeiten bringen die Gemeinden mit ihrer Ablehnung der Gesetzesanpassung auch die FBP-Fraktion. Für die langfristige Sicherung der AHV wollte sie genau auf diese zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich zugreifen, um damit den staatlichen Beitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) massiv zu erhöhen. Dadurch könnten die Krankenkassenprämien gesenkt werden. Dies um auf der anderen Seite die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV zu erhöhen. Die möglichen Massnahmen zur langfristigen AHV-Sicherung werden in der nächsten Woche im Landtag erstmals diskutiert. Hier muss die Regierung bis Ende Jahr eine entsprechende Vorlage präsentieren.

Patrik Schädler

# Hubertus Real verliert seinen Stern: «Es kam für uns wirklich überraschend»

Das Restaurant Marée im Sonnenhof und einer der bekanntesten Liechtensteiner Köche verliert nach elf Jahren überraschend seinen Michelin-Stern. «Wir haben über all die Jahre immer eine Topqualität geboten und haben daran eigentlich nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, dass wir die letzten Jahre sogar noch an Qualität zugelegt haben», betont Hubertus Real. Seine Philosophie war schon immer, nur für seine Gäste zu kochen und nicht für die Tester.

## Weiterhin mit 17 Punkten im Gault-Millau

«Über Geschmack lässt sich streiten und das müssen wir akzeptieren, wenn es dem Michelin-Tester dieses Mal nicht so geschmeckt hat», betont Real. Der Unterschied liege darin, dass die Gäste zu ihm ins Restaurant kommen, um das Essen zu geniessen. Ein Tester hingegen zerlegt die Gerichte nach seinen Kriterien. «Wir kochen mit Leidenschaft und mit Genuss, immer einfacher und ohne grossen Schnickschnack.» Das Restaurant Marée des Sonnenhofes sei kein reines



Real zählt zu den besten Köchen des Landes.  
Bild: Archiv

Gourmet-Restaurant, sondern eigentlich ein Hotel-Restaurant auf hohem Niveau. «Dass wir den Stern elf Jahre lange behalten konnten, nach wie vor 17 Punkte im Gault-Millau haben und dazu noch auf den bekannten Bewertungsportalen die Nummer eins im gesamten Rheintal sind, das alleine macht uns glücklich und zufrieden», sagt Real.

Es zeige letztendlich auch, dass er mit den Top-Restaurants der Schweiz mithalten kann – und dafür ist er sehr dankbar und unendlich stolz auf seine Mitarbeiter. (dal)

«Eine Verschiebung von öffentlichen Geldern von den Gemeinden zum Staat ist nicht nachvollziehbar und wird abgelehnt.»

Alle Gemeindevorsteher in ihrer gemeinsamen Stellungnahme.